<u>Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE)</u>

Die wichtigsten Ziele:

- 1. Freiheit durch Abbau existenzieller Abhängigkeit
- 2. Befreiung von Existenz-Angst
- 3. Beseitigung von Armut durch Mindesteinkommen für jeden
- 4. Verteilungsgerechtigkeit Umverteilung von oben nach unten Mögliche Umverteilung:
 - Umverteilung der Vermögen
 - Umverteilung der Einkommen

Das Grundeinkommen ist ein individuelles Mindesteinkommen und führt zu einer <u>Umverteilung der Einkommen</u>.

Die Umverteilung der Vermögen wird durch das BGE weder gefördert noch behindert. Die Forderung nach Vermögens-Umverteilung <u>anstatt</u> einer Umverteilung der Einkommen ergibt keinen Sinn: Beides kann unabhängig voneinander verfolgt werden.

Definition des deutschen Netzwerk Grundeinkommen:

(www.grundeinkommen.de)

Ein Grundeinkommen ist ein Einkommen, das eine politische Gemeinschaft bedingungslos jedem ihrer Mitglieder gewährt.

Es soll

- 1. die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, *)
- 2. einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie
- 3. ohne Bedürftigkeitsprüfung und
- 4. ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden.

Das Grundeinkommen stellt somit eine Form von Mindesteinkommenssicherung dar, die sich von den zur Zeit in fast allen Industrienationen existierenden Systemen der bedarfsorientierten Grund- bzw. Mindestsicherung wesentlich unterscheidet.

Das Grundeinkommen

- wird an Individuen anstelle von Haushalten gezahlt,
- steht jedem Individuum unabhängig von sonstigen Einkommen zu, und
- wird gezahlt, ohne dass eine Arbeitsleistung, Arbeitsbereitschaft oder eine andere Gegenleistung verlangt wird.
- *) Ein Grundeinkommen ist nur dann existenz-sichernd, wenn es eine Krankenversicherung, bzw. einen Beitrag dafür, einschließt.

Was ist das Bedingungslose Grundeinkommen eigentlich?

Es ist keine Sozialleistung!

Steuer-finanzierte Sozialleistungen werden nach dem Kriterium Bedürftigkeit gewährt – das BGE erhält jeder, **ohne Bedingungen** und **ohne Bedürftigkeitsprüfung**.

Das bedingungslose Grundeinkommen ersetzt daher auch keine Sozialleistungen und keine einzige Sozialleistung entfällt.

Das Grundeinkommen ist eine für alle Bürger gleich hohe Steuer-Erstattung.

Dahinter steht ein alternatives, gerechteres Steuer-Konzept:

Steuer-Absetzbetrag (oder Steuer-Rückzahlung)
statt

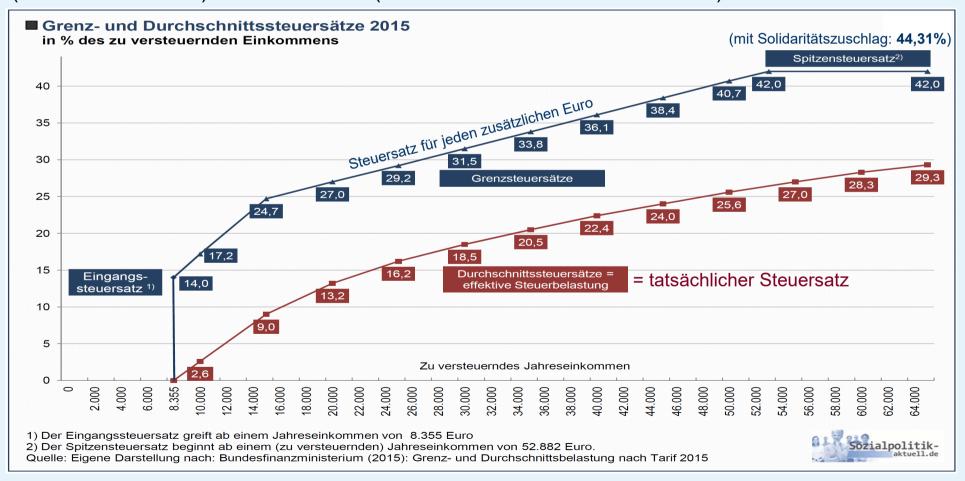
Steuer-Freibetrag und Steuer-Progression.

Einkommensteuer heute:

Wir kennen heute Einkommensteuern als prozentualen Anteil vom Einkommen. Auch wenn der Steuersatz für alle gleich ist, zahlt jeder einen anderen Steuerbetrag – nämlich proportional zur Höhe seines Einkommens.

Dies gilt für alle zu versteuernden Jahres-Einkommen oberhalb von ca. 53.000 €. Alle Einkommen darunter werden mit ermäßigten Steuersätzen besteuert, die ersten 8.652 € gar nicht (Grundfreibetrag).

Angeblich werden damit Gering-Verdiener entlastet. Tatsächlich ergibt sich eine Steuer-Entlastung von 0 € (bei 0 € Einkommen) bis ca. 1.115 € (bei allen Einkommen über 60.000 €).



Es gibt jedoch eine gerechtere Alternative zu Freibeträgen und ermäßigten Eingangs-Steuersätzen:

Eine für alle Bürger gleich hohe monatliche Steuer-Erstattung

(wird auch als Steuerabsetz- oder Steuerabzugs-Betrag bezeichnet)

- Dabei wird an Stelle von Steuerfreibeträgen und allen weiteren Steuerermäßigungen monatlich ein einheitlicher Betrag an jeden Bürger ausbezahlt: das Grundeinkommen.
- Natürlich anstatt nicht zusätzlich zu den heutigen Steuerermäßigungen!
- Dafür werden ausnahmslos <u>alle</u> Einkommen mit dem <u>vollen</u> (Spitzen-) Steuersatz besteuert.

Dieses Prinzip ist keineswegs neu, es hat sich bereits seit Jahrzehnten bewährt:

Das Kindergeld (oder die bessere Bezeichnung: Kinder-Grundeinkommen).

Hier gibt es anschaulich sogar die Gegenüberstellung beider Alternativen zur Auswahl:

Der einzelne Steuerpflichtige wählt zwischen

- dem Kinder-Freibetrag, der abhängig von der Einkommenshöhe einen monatlichen Steuer-Nachlass von 0 € bis 272 € bietet,
- oder dem Kindergeld, einer einheitlichen Steuer-Erstattung in Höhe von 190 € / Monat, unabhängig von Einkommen und Steuer-Schuld.

Auch wer gar keine Steuern zahlt, erhält monatlich 190 € "Steuer-Erstattung" für jedes Kind.

<u>Diese Gegenüberstellung zeigt klar die Vorteile beider Steuermodelle für unterschiedlich hohe</u> Einkommen:

- Freibeträge (und niedrigere Eingangs-Steuersätze) begünstigen hohe und sehr hohe Einkommen,
- eine für alle gleiche Steuererstattung (z.B. Kindergeld) begünstigt niedrige Einkommen.

Der aktuelle Grundfreibetrag von 8.652 € pro Jahr führt zu einem monatlichen Steuer-Nachlass von 0,00 € (bei 0 € Einkommen) bis 342,30 € bei Spitzen-Einkommen.

Rechenbeispiel mit den Steuersätzen von 2016 für die Steuerklasse 1:

Vergleich Steuerbelastung heute einheitlicher Steuersatz von 44,31 %

Brutto-Einkommen je Monat	Steuer mit Freibetrag und Progression (heute)	Steuer mit 44,31% Spitzensteuersatz ab dem 1. € (flat tax)	Differenz = Steuervorteil heute
0 €	0€	0€	0 €
1.000 €	2€	443 €	441 €
2.000 €	209€	886 €	678 €
3.000 €	466 €	1.329 €	863 €
4.000 €	765 €	1.772 €	1.008€
5.000 €	1.134 €	2.216 €	1.081 €
6.000 €	1.549 €	2.659 €	1.110 €
7.000 €	1.987 €	3.102 €	1.115€
8.000 €	2.430 €	3.545 €	1.115€
12.000 €	4.202€	5.317 €	1.115€

Rechenbeispiel mit den Steuersätzen von 2016 für die Steuerklasse 1:

Vergleich Steuerbelastung heute ← einheitlicher Steuersatz von 44,31 % + 1.115 € "BGE"

Brutto-Einkommen je Monat	Steuer mit Freibetrag und Progression (heute)	Steuer mit 44,31% Spitzensteuersatz ab dem 1. € (flat tax)	Differenz = Steuervorteil heute	44,31% Steuer mit 1.115 € Steuererstattung
0 €	0 €	0€	0€	-1.115€
1.000 €	2€	443 €	441 €	-672 €
2.000 €	209€	886 €	678 €	-229 €
3.000 €	466 €	1.329 €	863 €	214 €
4.000 €	765 €	1.772 €	1.008 €	658 €
5.000 €	1.134 €	2.216 €	1.081 €	1.101 €
6.000 €	1.549 €	2.659 €	1.110 €	1.544 €
7.000 €	1.987 €	3.102 €	1.115€	1.987 €
8.000 €	2.430 €	3.545 €	1.115€	2.430 €
12.000 €	4.202€	5.317 €	1.115€	4.202 €

Volkswirtschaftliche Zahlen (2015):

Volkseinkommen 2015 gesamt	2.260.000.000.000€
44,31% Steuer aus Volkseinkommen ergäbe Einnahmen von	1.000.000.000.000€
Einnahmen aus Einkommen- und Körperschaft-Steuer 2015	290.000.000.000€
mögliche Einsparungen bei Sozialausgaben	90.000.000.000 € - 170.000.000.000 €
Daraus kann ein BGE finanziert werden von monatlich	900 € - 1.000 €

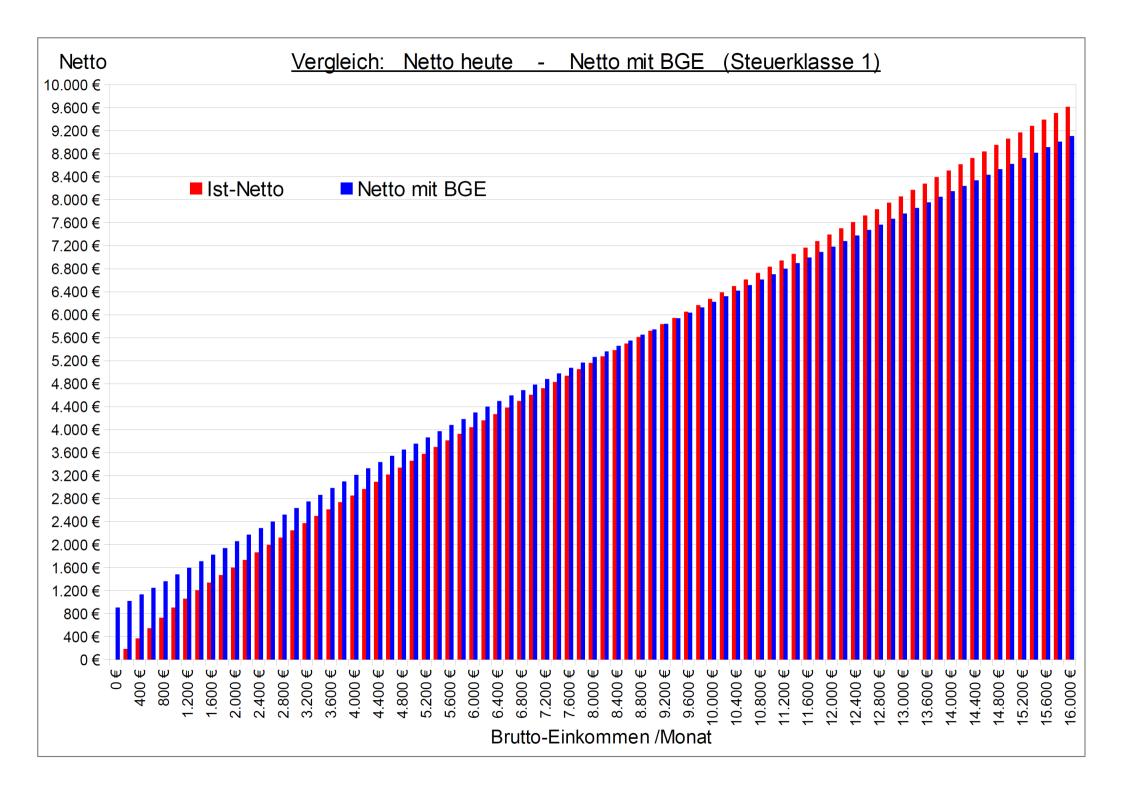
Daraus folgt:

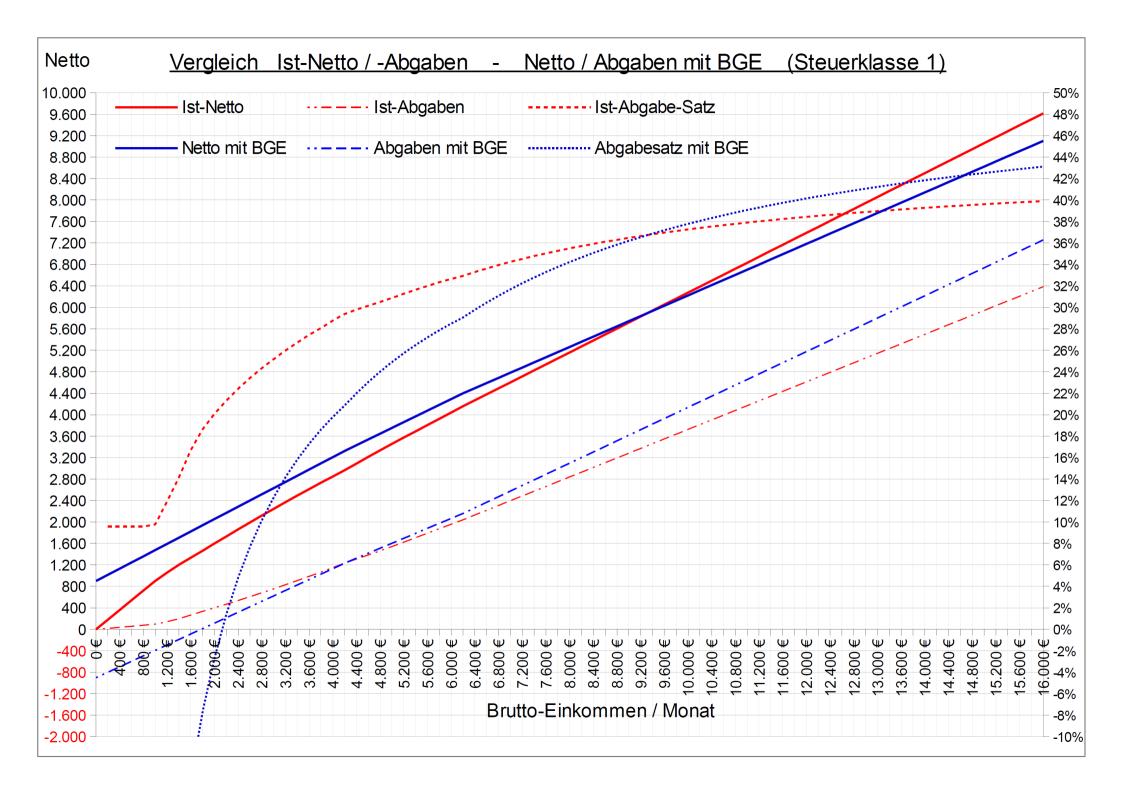
Das Bedingungslose Grundeinkommen ist grundsätzlich finanzierbar – auch in existenzsichernder Höhe!

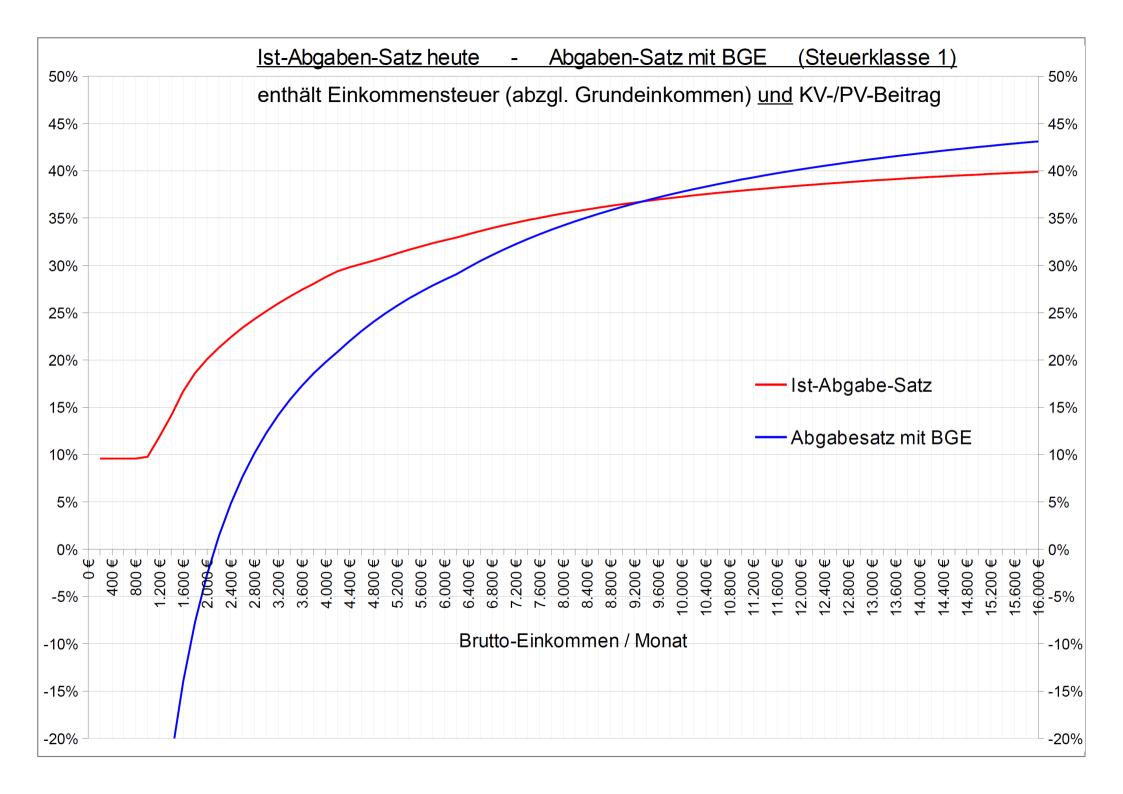
Mit dem Steuersatz von 44,31 % ist aber noch kein Beitrag zu Kranken- und Pflege-Versicherung finanziert. Es würde jedoch ausreichen, den Steuersatz um den heutigen Arbeitnehmer-Beitragssatz zur Kranken- und Pflegeversicherung (8 – 10 %) zu erhöhen.

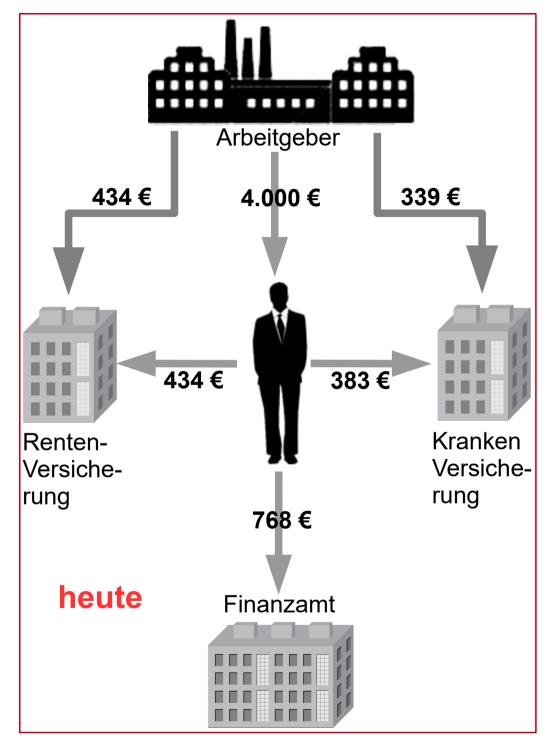
Wenn die KV-/PV-Beiträge aus dem BGE bezahlt werden, entfallen ja die bisherigen Arbeitnehmer- sowie die Arbeitgeber-Beiträge zur Kranken- und Pflege-Versicherung.

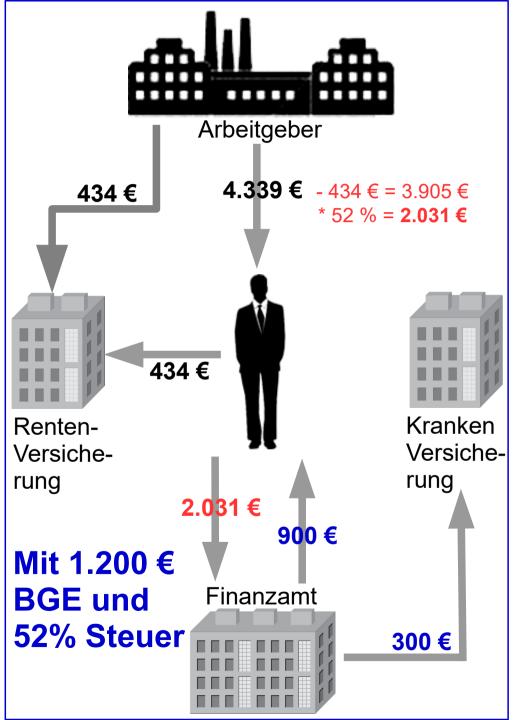
Brutto	Ist-Steuer (incl. Soli)		Ist-Netto	lst- Abgaben	Ist-Abgabe- Satz	AG-Anteil KV + PV	Beitrag RV+AV	Abgaben mit BGE	Netto mit BGE	Abgabesatz mit BGE	1.200 €	52 %
0 €	· · ·		0€	_				-900 €			(BGE monatlich)	(Gesamt-Steuersatz)
200 €		19€	181 €	19 €	9,58%	17 €	22 €	-799€	1.016 €	-407,79%	davon geht ab an Krankenversicherungen:	`
400 €	0€	38€	362€	38 €	9,58%	34 €	43 €	-697€				ankenversicherung
600 €		57 €			,					· '		legeversicherung
800 €	0€	77 €				68 €					300 € an	Krankenkassen gesamt
1.000 €		96 €			,			-393 €				
1.200 €		115€						-291€		· /	BGE für Kinder bis 18 Jahre:	SE 401. I
1.400 €		134 € 153 €				119 €		-189 € -88 €		· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	600 € BG	GE monatlich
1.600 € 1.800 €	114 € 163 €	172€				136 € 153 €		- 00 € 14 €			(ah l	hier Jahres-Summen:)
2.000 €		192€						115€			Įau i	<u>rlier Janres-Summen.j</u>
2.200 €		211€						217 €		1 1	Krankenversicherungen erhalten aus BGE:	241.200.000.000€
2.400 €	308 €	230 €			,	203 €		319€			Bundeszuschuss an KV für Kinder	20.280.000.000 €
2.600 €		249€				220 €		420€			Krankenversicherungen erhalten insgesamt	261.480.000.000 €
2.800 €	413 €	268€				237 €		521€				
3.000 €		287€						623€			zu finanzieren:	
3.200 €		306€				271 €		725€			BGE (einschl KV) für 67 Mio Erwachsene *	964.800.000.000€
3.400 €		326€	2.491 €	909 €	26,72%	288 €	369€	826€			BGE für 13 Mio Kinder unter 18 Jahre	93.600.000.000€
3.600 €	643 €	345€	2.612€	988 €	27,44%	305 €	391€	927€	2.978 €		DCE Kastan	4 050 400 000 000 6
3.800 €	703 €	364 €		1.067 €	28,08%	322 €	412€	1.029€			BGE-Kosten	1.058.400.000.000€
4.000 €		383€				339 €		1.131 €			davon abzuziehen:	
4.200 €		402€				356 €		1.232€			davon abzuzienen.	
4.400 €		406€						1.327 €			Kindergeld, Elterngeld, Bafög	40.000.000.000€
4.600 €		406€						1.419€			Tandorgold, Ellorrigold, Ediog	40.000.000.000
4.800 €	1.058 €	406€				359 €		1.512€			Familienzuschläge und Beihilfen für Beamte	10.000.000.000€
5.000 €	1.138 €	406€			,	359 €		1.604 €			- annual Estation and Estation and Estation	
5.200 €		406€			,	359 €		1.697 €			Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG-2)	40.000.000.000€
5.400 €		406 €						1.790 € 1.883 €		· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	, ,	
5.600 € 5.800 €		406 € 406 €				359 € 359 €		1.883 €			Sozialhilfe (u.a. Grundsicherung im Alter)	20.000.000.000€
6.000 €	1.470 €	406€				359 € 359 €		2.068€				
6.200 €		406€				359 €		2.000 €			Bundeszuschuss an die Rentenversicherung	62.000.000.000€
6.400 €		406 €				359 €					weitere Einsparungen (Betrag nach eigener	
6.600 €		406 €				359 €				,	Einschätzung einsetzen; Bsp. Siehe unten):	0 €
6.800 €		406€										
7.000 €		406 €									tatsächlich zu finanzierende BGE-Kosten	886.400.000.000€
7.200 €	2.079 €	406€				359 €		2.681€				
7.400 €	2.168 €	406€	4.826 €	2.574 €		359 €					Volkseinkommen 2015:	2.261.000.000.000€
7.600 €	2.256 €	406€	4.938 €	2.662 €	35,03%	359 €	673€	2.889€	5.070 €	33,29%		
7.800 €					35,27%					33,77%	Steueraufkommen aus Volkseinkommen:	1.175.720.000.000€
8.000 €				2.840 €								
8.200 €												
8.400 €											- BGE-Kosten:	886.400.000.000€
8.600 €				3.106 €								
8.800 €				3.194 €							<u>Überschuss (= bisherige Einkommensteuer)</u>	289.320.000.000 €
9.000 €				3.283 €							(deckt das bisherige Einkommensteuer-Aufkommen	*
9.200 €	2.965 €	406 €	5.829€	3.371 €	36,64%	359 €	673€	3.721 €	5.838 €	36,54%	Einkommensteuer + Soli 2015: 289.	.000.000.000€

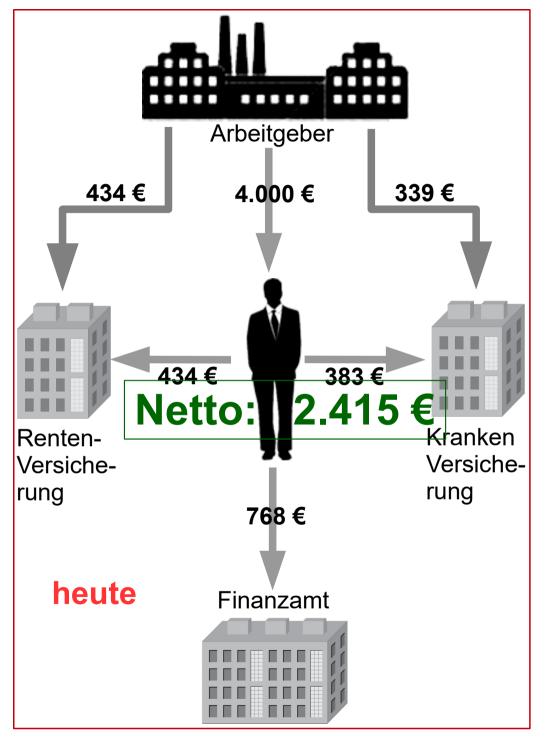


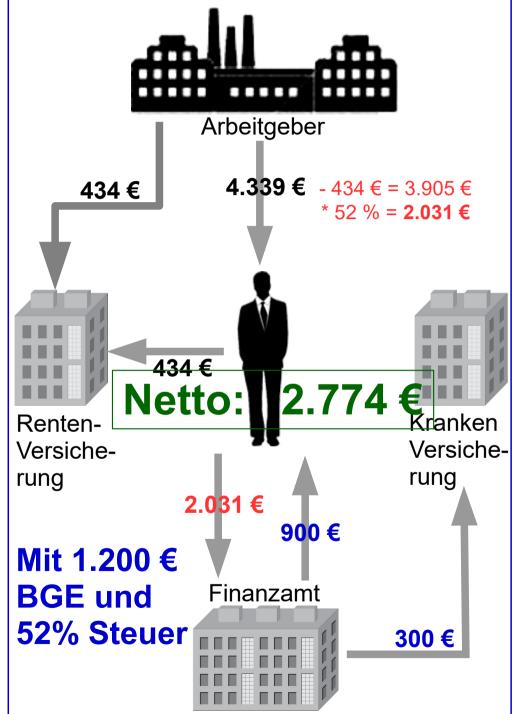










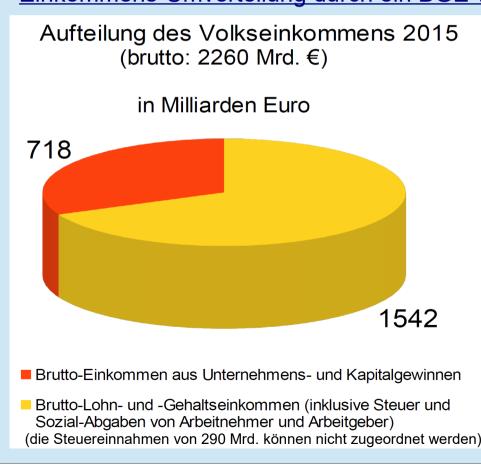


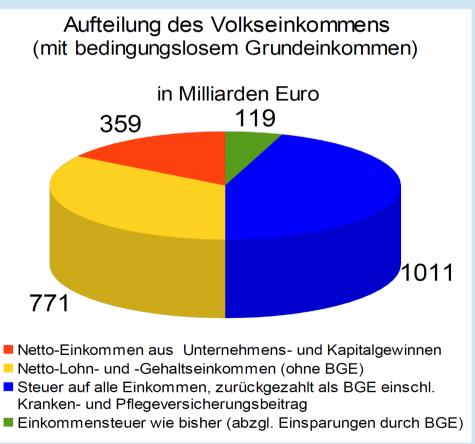
Ein vollständig durchgerechnetes Finanzierungsbeispiel mit dem Vergleich der Netto-Einkommen und Abgaben-Belastung heute und mit BGE findet Ihr auf der Webseite

http://grundeinkommen-online.de/?Finanzierung

Tabellen für OpenOffice bzw. Excel ermöglichen die Modifikation von einheitlichem Steuersatz und Höhe des monatlichen Grundeinkommens und zeigen die Auswirkungen für Einkommen von 0 € bis 16.000 € pro Monat – als Tabelle sowie in abgeleiteten Diagrammen.

Einkommens-Umverteilung durch ein BGE von 1.200 € / Monat und einer Flat Tax von 52%





	Brutto	Ist-Steuer (incl. Soli)	Beitrag KV+PV	Ist-Netto	Ist- Abgaben	Ist-Abgabe- Satz	AG-Anteil KV + PV	Beitrag RV+AV	Steuer mit BGE	Netto mit BGE	Abgabesatz mit BGE
		errechnet aus: Brutto - KV/PV-Beitrag - RV/AV-Beitrag		Brutto - Ist- Abgaben	Steuer + KV/PV- Beitrag	Ist-Abgaben in Prozent von Brutto			(Brutto + AG-Anteil KV + PV - RV+AV) * 52 % - BGE	Brutto + KV/PV AG-Anteil - Steuer Mit BGE - KV-Beitrag	Steuer mit BGE in Prozent von Brutto
	2.000 €	210€	192€	1.599 €	402€	20,08%	170 €	217 €	-185€	2.054 €	-2,71%
	2.000 € - 402 € 1.599 €							2.000 € + 170 € - 217 € 1.953 € * 52% =	2.000 € + 170 € -(-184)€ - 300 € 2.054 €		
Ī	Steue KV-/P	r: V-Beitrag:		t Leistung t Gesund	•				1.016 € -1.200€ -185 €	KV-/PV-E	Beitrag = 300 €

Einkommensteuer und Abgaben heute

Einkommensteuer und Abgaben mit flat tax 52 % und 1.200 € BGE

Das bedingungslose Grundeinkommen muss als gerecht empfunden werden.

Welche Rechte hat jeder Mensch durch Geburt?

- Gibt es ein Existenzrecht, ein Recht auf menschenwürdiges Leben?
 - Wenn ja was beinhaltet es?
 - Eigentumsrechte? welche?
 - Rechte an Gemeinschafts-Eigentum?
 - Nutzungsrechte? welche?
 - Individuell und gemeinschaftlich
 - Ist das Existenzrecht an Bedingungen geknüpft? z.B. an Erwerbsarbeit?
- Ist die zwangsweise Abtretung von Nutzungsrechen finanziell abzugelten?
 - Wenn ja, wie?

Thomas Paine (1776 in "Common Sense"):

»Armut ... wird durch Zivilisation erzeugt. Im Naturzustand gibt es sie nicht. Andrerseits kennt der Naturzustand nicht die Vorteile, die aus Landwirtschaft, Kunst, Wissenschaft und Manufaktur entspringen. ...

Die Auffassung kann nicht bestritten werden, nach der die Erde in ihrem natürlichen und unkultivierten Zustand gemeinsames Eigentum der Menschheit war ... Die Vorstellung vom Eigentum an Grund und Boden begann mit der Zivilisation ... Sie entstand zusammen mit der Bodenbearbeitung aus der Unmöglichkeit, die Verbesserung durch Kultivierung von dem Boden zu trennen, mit dem sie vorgenommen wurde... Obwohl jeder Mensch als Bewohner der Erde im Naturzustand deren Miteigentümer ist, folgt daraus nicht, er sei Miteigentümer der kultivierten Erde. Der ihr durch die Kultivierung hinzugefügte Wert ... wird Eigentum dessen, der sie bearbeitet hat ... Kultivierung ist schließlich eine der gewaltigsten Bereicherungen durch menschlichen Eingriff. Sie hat dem natürlichen Boden einen zehnfachen Wert gegeben. Aber das mit ihr beginnende Bodenmonopol hat das größte Übel erzeugt. Es hat mehr als die Hälfte der Einwohner jeder Nation ihrer natürlichen Erbschaft beraubt, ohne für sie, wie es hätte geschehen müssen, eine Entschädigung für diesen Verlust vorzusehen.«

In seinem Werk "Agrarian Justice" (1796, auf deutsch "Agrarische Gerechtigkeit", 1798) begründete Paine mit Hilfe des Naturrechts, dass

"alle Individuen, arme wie reiche, […] auf den Titel einer Entschädigung oder einer Ausgleichung wegen eines ihnen von der Natur zustehenden Eigentums an der Natur ein gleiches Recht haben, unabhängig von dem Eigentum, das sie selbst hervorgebracht, oder durch Erbschaft, oder auf jede andere Art erworben haben mögen."

Das bedingungslose Grundeinkommen muss als gerecht empfunden werden.

3 Begründungen für das Recht auf ein Grundeinkommen:

- 1) <u>Das Grundeinkommen ersetzt Freibeträge und ermäßigte Steuersätze, deren Existenz auch bisher als gerecht angesehen werden.</u>
- 2) <u>Das Grundeinkommen befreit das Existenzminimum jedes Einzelnen von Steuern und Abgaben.</u>

Dieser Effekt wird bisher dem Grundfreibetrag zugeschrieben, trifft aber leider nicht zu: Sämtliche Steuern sind in den Konsumgüterpreisen enthalten, sowohl die Mehrwertsteuer wie auch alle Einkommensteuern.

So wird bisher das Existenz-Minimum keineswegs von Steuern entlastet. Mit einem Grundeinkommen wäre dies aber der Fall.

3) <u>Das Grundeinkommen als Naturrecht:</u>
Es wäre die zeitgemäße Form eines Existenzrechts für alle Menschen.

Produktionsfaktoren:

- 1. Arbeit
- 2. Grund und Boden
- 3. Kapital (technologisches Wissen, wissenschaftliche Erkenntnisse, Kultur, Infrastruktur)
- Welcher Anteil an meiner Produktivität resultiert aus persönlicher Leistung?
- Welcher Anteil aus der Nutzung von Technologie, Wissen und Infrastruktur?

Wer sind die legitimen Erben von technologischem Wissen, wissenschaftlichen Erkenntnissen, Kultur, Infrastruktur?

- Haben diese Erben einen Anspruch auf Nutzungsentgelt (Lizenzen)?
- Wenn nicht, warum verfallen Eigentumsansprüche an geistigem Eigentum nach kurzer Zeit, Eigentumsansprüche an Grund und Boden jedoch nie?

Sind "leistungslose Einkommen" legitim? Sind sie gerecht?

- Wenn nicht, warum akzeptieren wir Zinsen, Dividenden, Gewinne, Mieten, Pacht?
- Wenn ja, warum haben wir nicht alle ein Recht auf unser gemeinsames Erbe und auf eine angemessene Rendite daraus?
- Ist der Anspruch auf "leistungsloses Einkommen" aus dem gemeinsamen Erbe aller nicht legitim, jedoch auf leistungsloses Einkommen aus sog. "Privatvermögen"?

Daraus folgt das Recht aller Menschen,

- ► Einkommen durch Arbeit zu gewinnen,
- ebenso aber auch aus privaten und gemeinschaftlichen Vermögens-Ansprüchen.

Das BGE ist der individuelle Anteil an der Kapital-Rendite auf das gemeinschaftliche Eigentum.



Bericht des Bundesvorstandes

Alexander Gunkel

Vorsitzender des Bundesvorstandes der Deutschen Rentenversicherung Bund

Bundesvertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund am 3. Dezember 2015 in Berlin



Voraussichtliche Einnahmen der allgemeinen Rentenversicherung (Schätzung Oktober 2015)

	in Mrd. Euro	Veränderung zu 2014 in Prozent
Einnahmen insgesamt	270,2	2,5
darunter		
Beitragseinnahmen darunter	206,5	2,8
- Pflichtbeiträge aus Erwerbstätigkeit	187,0	2,9
- Beiträge der Bundesagentur für Arbeit	3,4	-6,4
- Beiträge der Krankenversicherung	2,5	6,3
- Beiträge der Pflegeversicherung	1,0	2,7
- Beiträge des Bundes für Kindererziehungszeiten	12,1	2,5
Bundeszuschüsse	62,4	1,8

Finanzsituation 2015

Deutsche Rentenversicherung Bund

Bundeszuschüsse in der allgemeinen Rentenversicherung im Jahr 2015

Bundeszuschüsse insgesamt	62,4 Mrd. Euro
davon	
Allgemeiner Bundeszuschuss (Kürzung 2015: 1,25 Mrd. EUR)	40,2 Mrd. Euro
Zusätzlicher Bundeszuschuss, refinanziert aus der Mehrwertsteuer (seit 1998)	10,6 Mrd. Euro
Erhöhungsbetrag zum zusätzlichen Bundeszuschuss, ursprünglich refinanziert aus der Ökosteuer (seit 2000)	11,6 Mrd. Euro



Voraussichtliche Ausgaben der allgemeinen Rentenversicherung (Schätzung Oktober 2015)

	in Mrd. Euro	Veränderung zu 2014 in Prozent
Ausgaben insgesamt	272,1	4,5
darunter		
- Renten	236,2	4,6
- Krankenversicherung der Rentner	16,7	4,6
- Leistungen zur Teilhabe	6,0	4,1
- Erstattungen an die Knappschaft	9,1	2,5
- Verwaltungs- und Verfahrenskosten	3,7	0,7

Einnahmen der Rentenversicherung 2015	270.000.000.000 €
davon Bundeszuschuss	62.500.000.000€
Bundeszuschuss in Prozent	23%
Anzahl Bürger 65 Jahre und älter	17.000.000
Anteil Bundeszuschuss pro Monat und Bürger über 65	306 €

Ende des Klassenkampfes

Statt für Jobs setzen sich linke Gewerkschafter lieber für eine Grundsicherung ein

Zürich – Es ist noch nicht lange her, da galt in Industriegesellschaften eine grundsätzliche ökonomische Konstante: Arbeitgeber und Arbeitnehmer verhandelten Löhne, Urlaubstage und soziale Sicherungssysteme untereinander. Manchmal brauchten sie Wochen dafür, hin und wieder gab es Streiks, aber am Schluss stand eine Lösung, mit der alle leben konnten.

Der 66-jährige US-Amerikaner Andv Stern war in dieser Welt jahrzehntelang zu Hause, Er stand der Gewerkschaft SEIU vor, die etwa zwei Millionen Service-Angestellte, vor allem aus dem Bereich Gesundheit und Pflege, vertritt, Stern galt als einer der einflussreichsten und kreativsten Gewerkschafter des Landes. Im Juni dieses Jahres jedoch veröffentlichte er ein Buch, das mit so ziemlich allen Überzeugungen eines Arbeitnehmer-Vertreters bricht. Stern schreibt darin: "Mein ganzes Berufsleben habe ich für Jobs gekämpft, für Arbeitsplatzsicherheit. Heute glaube ich nicht mehr daran." Grund dafür: "80 Prozent der Jobs", die neu entstünden, seien im Niedriglohnsektor angesiedelt. Es

handle sich dabei "nicht um wirklich gute Arbeitsplätze", wie es Stern im Gespräch mit deutschen Grundeinkommens-Aktivisten ausdrückte.

Den Menschen verschaffe es Selbständigkeit und ein Standbein

Stern, der Mitglied der Demokraten ist, plädiert nun für ein bedingungsloses Grundeinkommen. So sei jeder Arbeitnehmer in der Lage, "seine individuelle Tarifverhandlung zu führen". Die Rolle der Gewerkschaften? Ist kaum mehr der Rede wert. Keine Streiks, kein Verhandlungsmarathon. Stattdessen: Eine beratende Tätigkeit, die auf die Bedürfnisse einer "Gesellschaft von Selbständigen und kurzfristig Angestellten" Rücksicht nimmt.

Stern ist nicht der einzige linke Politiker in den USA, der mit dem Grundeinkommen sympathisiert. Auch bei vielen, die an Obamas Gesundheitsreform mitgearbeitet haben, ist die Idee populär.

Genau wie die Möglichkeit, sich unabhängig vom Arbeitgeber zu versichern, gebe das Grundeinkommen den Arbeitern die Macht, sich aus nachteiligen Verhältnissen zu befreien. Klassisches Beispiel: eine alleinerziehende Mutter, die sich in mehreren schlecht bezahlten Jobs aufreibt und aus Angst um die Versicherung und Versorgung ihrer Kinder nicht kündigen kann. "Empowerment", was man mit Ermächtigung oder Eigenverantwortung übersetzen kann, lautet das oft gebrauchte Schlagwort. Stern drückt es etwas anders aus: Das Grundeinkommen verschaffe den Menschen ein "Standbein" - und ermögliche es ihnen, das "Spielbein selbständig weiterzuentwickeln".

Vom Klassenkampf früherer Zeiten ist das ganz schön weit entfernt.

So richtig optimistisch klingt Andy Stern dabei aber nicht: Wenn künstliche Intelligenz und Digitalisierung in dem bisherigen Tempo voranschreiten sollten, "schaffen wir bald keine schlechten Jobs mehr, sondern schlicht: gar keine Jobs".

CHARLOTTE THEILE

US-Präsident Obama: Künstliche Intelligenz könnte Job-Killer werden

PC-WELT 13.10.2016 | 13:29 Uhr | Hans-Christian Dirscherl

US-Präsident Barack Obama sieht die Gefahr, dass Computer mit künstlicher Intelligenz Millionen Menschen um ihre Jobs bringen. Das bedingungslose Grundeinkommen dürfte ein Dauerbrenner in der politischen Diskussion werden.

Noch-US-Präsident Barack Obama hat in einem Interview mit dem <u>US-Magazin Wired</u> auf mögliche Gefahren hingewiesen, die durch Künstliche Intelligenz KI (englisch: Artifical Intelligence, AI) entstehen könnten. Und brachte in diesem Zusammenhang ein steuerfinanziertes Grundeinkommen zur Sprache. Dieses bedingungslose Grundeinkommen für jeden Bürger eines Landes wird auch in diversen europäischen Staaten diskutiert.

Das Thema "steuerfinanziertes Grundeinkommen für alle" gewinnt an Bedeutung vor dem Hintergrund, dass Roboter und Computer, die mit künstlicher Intelligenz ausgestattet sind, zunehmend die Jobs von Menschen übernehmen könnten. Diese Menschen könnten dadurch arbeitslos werden. Einer dadurch verursachten Schwächung der Mittelschicht, der Verarmung von Millionen Menschen und erheblichen sozialen Verwerfungen gilt es also von staatlicher Seite entgegen zu wirken.

Obama ist sich sicher, dass die Diskussion um das vorbehaltslose Grundeinkommen die Diskussion der nächsten 10 bis 20 Jahre bestimmen wird.

Eine Studie aus dem Jahr 2013 kam bereits damals zu dem alarmierenden Schluss, dass allein in den USA 47 Prozent aller Jobs davon bedroht sein könnten, dass sie in den nächsten 20 Jahren durch Maschinen übernommen werden könnten. Das würde Massenarbeitslosigkeit zur Folge haben. Mit katastrophalen Folgen für Mensch, Gesellschaft und Staat.

Süddeutsche Zeitung vom 30. 5. 2016:

Analyse von Alexandra Borchardt (Auszug)

Das garantierte Grundeinkommen ist derzeit das heißeste Thema in der Debatte um die Zukunft der Arbeit, denn Digitalisierung und künstliche Intelligenz werden von Arbeit im traditionellen Sinne womöglich nicht mehr genug für alle übrig lassen, zumindest sagen das einige Prognosen.

"Der digitale Fortschritt vergrößert den Kuchen, aber es gibt kein ökonomisches Gesetz, das sagt, dass jeder davon profitiert", so formuliert es Erik Brynjolfsson, Wirtschaftswissenschaftler am amerikanischen MIT.

Die Gewinner treiben nun vor allem zwei Sorgen um: Wer soll all die Produkte kaufen, die künftig von Robotern produziert werden oder aus 3-D-Druckern quellen, wer all die Dienstleistungen nutzen?

Und noch wichtiger: Wie lassen sich soziale Konflikte zwischen Reich und Arm entschärfen?

Der Wirtschaftsprofessor und ehemalige griechische Finanzminister, Yanis Varoufakis, nennt das Grundeinkommen gar "eine Notwendigkeit, um den Kapitalismus zu zivilisieren".

Der Berkeley-Professor Robert Reich, ehemals Arbeitsminister in der Regierung von Bill Clinton, nennt es gar einen unvermeidlichen Schritt.

Kritik von Alexandra Borchardt:

- Für ein wirklich großzügiges Grundeinkommen aber müssten die Steuersätze astronomisch steigen und neue Steuern erfunden werden. (was ist "astronomisch"? vielleicht 52 %?)
- Zu viel Freiheit kann hilflos und orientierungslos machen. (war schon ein Argument gegen die Abschaffung der Sklaverei in den USA)

"Wir sind noch immer gerne Fremdbestimmer" (Interview mit Daniel Häni, Basel)

"Wer bestimmt, wenn jeder selbst bestimmt": Geht es dabei allem voran um eine Machtfrage?

<u>Daniel Häni:</u> Ja, im Kern geht es um eine Machtumverteilung. Mehr Macht beim Einzelnen. Mit einer bedingungslosen Existenzsicherung sind wir weniger manipulierbar. Wir werden dafür mehr bei unserer Verantwortungsfähigkeit angesprochen. Wir können angstfreier auch mal Nein sagen. Es geht um mehr Selbstbestimmung. Daher kommt die große Gegnerschaft.

So mancher Kritiker behauptet ja, dass eine Gesellschaft mit Grundeinkommen weit weniger sozial wäre als unsere heutige Wirtschaftsordnung. Zum Beispiel, weil auch Millionäre noch monatlich bedingungslos jene rund 1500 Euro erhalten würden, die Sie in der Schweiz als das definiert haben, was ein Mensch unbedingt zum Leben braucht.

<u>Daniel Häni:</u> Das ist sogar sehr wichtig. Das Grundeinkommen ist von allen und für alle. Es räumte auf mit der feudalistischen Vorstellung, dass die Reichen für die Armen sorgen würden. «Sozial» ist nicht, den Armen zu helfen, sondern sich nicht über sie zu stellen. Das Grundeinkommen ist ein Grundrecht, wie das Stimm- und Wahlrecht.

Unser heutiger Sozialstaat beruht auf dem Prinzip: Wer arbeiten kann, der muss". Sie wollen das mit einem bedingungslosen Grundeinkommen umdrehen, und sagen: «Wer nicht muss, der kann». Warum ist laut Abstimmung in Schweiz nur jede/r fünfte Bürger/In bereit, sich auf ein solch verheißungsvolles Versprechen einzulassen?

<u>Missen, was für die anderen gut ist. Wir sind noch immer gerne Fremdbestimmer.</u> Es braucht also viel Geduld und Aufklärung. Die Erde wurde schließlich auch nicht von einem Tag auf den anderen rund. Im Kanton Basel-Stadt gab es übrigens einen Ja-Stimmenanteil von 35% und in einigen Stadtbezirken in Zürich und Genf sogar auf Anhieb eine Mehrheit. Bemerkenswert sind auch die 69% der Schweizer und Schweizerinnen, die damit rechnen, dass es eine zweite Abstimmung zum Grundeinkommen geben wird. Das Thema ist nicht vom – wie einige vermuten würden – sondern auf dem Tisch.

Zwei der häufigsten Argumente gegen das Grundeinkommen sind: "Das können wir uns nicht leisten" und "Wer macht dann all die schmutzigen und monotonen Arbeiten, die nicht das Selbstverwirklichungspotential bieten, das Grundeinkommen ermöglich soll". Was sind die Antworten darauf?

<u>Daniel Häni:</u> Dass wir es uns nicht leisten können, ist ein Irrtum. Das Grundeinkommen ist kein zusätzliches Einkommen. Es ist nicht mehr Geld. Vielmehr stellt sich die Frage, wie lange wir es uns noch leisten wollen, Menschen in unnötigen Abhängigkeiten belassen zu wollen. Es müsste mal berechnet werden, wie hoch der volkswirtschaftliche Schaden ist, solange wir noch kein bedingungsloses Grundeinkommen haben.

Monotone - also berechenbare - Arbeiten werden sehr wahrscheinlich in Zukunft noch deutlich mehr von Robotern übernommen werden. Schmutzige Arbeiten sind oft Arbeiten, die den Schmutz wegmachen. Die müssen wir entsprechend der Leistung in Zukunft besser wertschätzen, dann würden wir sie wahrscheinlich auch weniger als schmutzig ansehen.

«Freiheit heißt nicht, dass ich machen kann, was ich will – sondern dass ich nicht machen muss, was ich nicht will.» Jean-Jacques Rousseau

«Das Geld, das man besitzt, ist das Mittel zur Freiheit, dasjenige, dem man nachjagt, das Mittel zur Knechtschaft.»

Jean-Jacques Rousseau

«Geld ist geprägte Freiheit.»

Fjodor Michailowitsch Dostojewski

«Freiheit bedeutet Verantwortlichkeit.

Das ist der Grund, weshalb die meisten Menschen sich vor ihr fürchten.»

George Bernard Shaw

Eine freie Gesellschaft kennt keine Armut.
Armut ist immer eine Folge von Abhängigkeit: Entweder durch die Verweigerung von Erwerbsmöglichkeiten (Arbeitslosigkeit) oder den Zwang zur Arbeit mit viel zu geringer Entlohnung.

Das Fehlen von Erwerbsmöglichkeiten ist dabei die wichtigste und beste Voraussetzung für die unzureichende Bezahlung der angebotenen Arbeit.

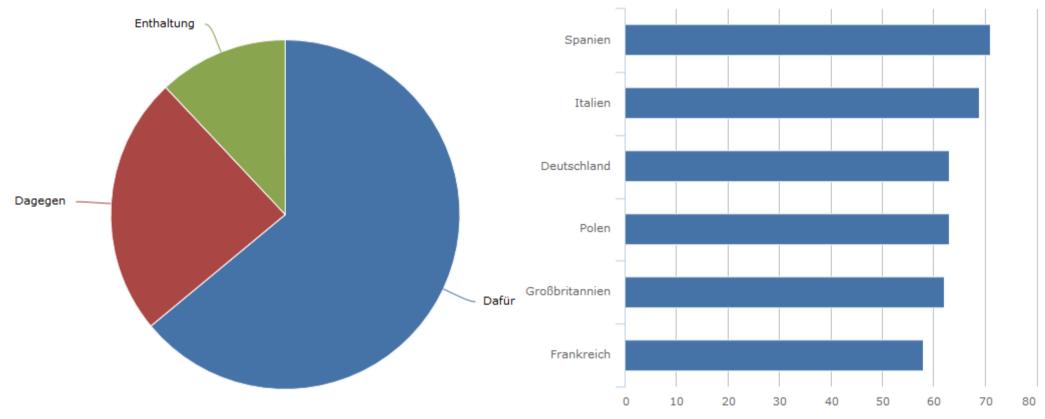
Umfrage: 64 Prozent der EU-Bürger würden für Grundeinkommen stimmen

Zweidrittel-Mehrheit für Grundeinkommen in der EU

Anteil der Befragten, die derzeit in einer Volksabstimmung "für" oder "wahrscheinlich für" bzw. "gegen" oder "wahrscheinlich gegen" die Einführung eines Grundeinkommens stimmen würden, in Prozent

Mehrheit in allen großen EU-Staaten

Anteil der Befragten, die derzeit in einer Volksabstimmung "für" oder "wahrscheinlich für" die Einführung eines Grundeinkommens stimmen würden, in Prozent



Quelle: Dalia Research; Umfrage unter 10.000 EU-Bürgern, April 20

Quelle: Dalia Research; Umfrage unter 10.000 EU-Bürgern, April 2016

Die Zustimmung zu einem bedingungslosen Grundeinkommen lag in allen sechs großen EU-Ländern klar über der 50-Prozent-Marke.

Am höchsten war sie in Spanien mit 71 Prozent, am geringsten in Frankreich mit 58 Prozent. In Deutschland sprachen sich 63 Prozent der Befragten dafür aus.

Umfrage: 64 Prozent der EU-Bürger würden für Grundeinkommen stimmen

Arbeiten trotz Grundeinkommen

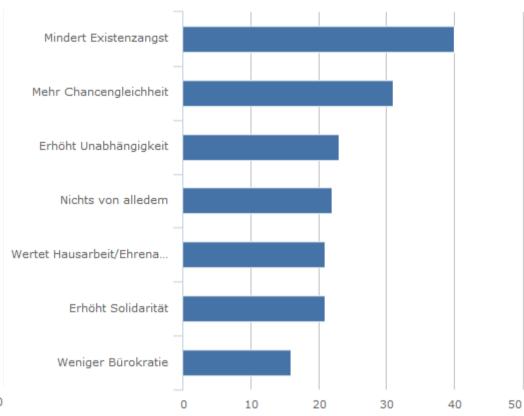
Anteil der Antworten auf die Frage nach der wahrscheinlichsten Auswirkung auf die persönliche berufliche Planung, in Prozent

Kein Einfluss Mehr Zeit für die Familie Nichts von alledem Sich fortbilden Mehr ehrenamtliche Arbeit Einen anderen Job suchen Weniger arbeiten Freiberuflich arbeiten Nicht mehr arbeiten 15 20 25 30 10

Quelle: Dalia Research; Umfrage unter 10.000 EU-Bürgern, April 2010

Grundeinkommen: Pro-Argumente

Anteil der Befragten, die folgende Argumente für ein Grundeinkommen überzeugend fanden, in Prozent (Mehrfachnennung möglich)



Quelle: Dalia Research; Umfrage unter 10,000 EU-Bürgern, April 2016

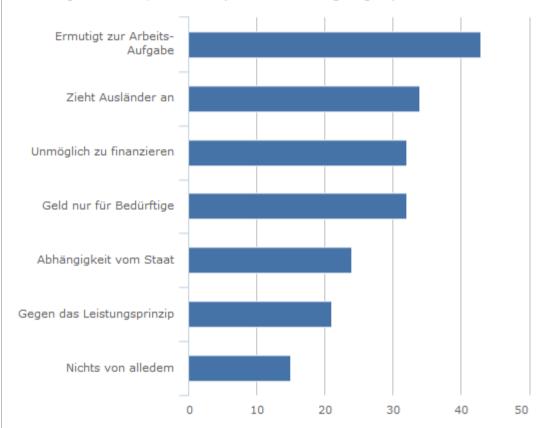
Nur eine kleine Minderheit der EU-Bürger - vier Prozent - würde der Umfrage zufolge denn auch aufhören zu arbeiten, wenn ein Grundeinkommen eingeführt würde. Weitere sieben Prozent gaben an, weniger arbeiten zu wollen, immerhin 15 Prozent würden mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen. Mit 34 Prozent antworteten allerdings die meisten Befragten, dass sie auch bei einem Grundeinkommen weiter so arbeiten würden wie bisher.

Am stärksten für ein bedingungsloses Grundeinkommen spricht für die EU-Bürger, dass es von finanziellen Existenzängsten befreit - 40 Prozent fanden dieses Argument überzeugend. 31 Prozent glauben, dass es mehr Chancengleichheit schaffen könnte.

Umfrage: 64 Prozent der EU-Bürger würden für Grundeinkommen stimmen

Grundeinkommen: Gegen-Argumente

Anteil der Befragten, die folgende Argumente gegen ein Grundeinkommen überzeugend fanden, in Prozent (Mehrfachnennung möglich)



Quelle: Dalia Research; Umfrage unter 10.000 EU-Bürgern, April 2016

Auch die EU-Umfrage bestätigt einen Befund, der bereits in früheren Befragungen zutage trat:

Zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung klafft offenbar eine große Lücke. Während nur vier Prozent aufhören würden zu arbeiten, fürchten mehr als viermal so viele -43 Prozent -, dass sich ihre Mitmenschen auf die faule Haut legen könnten.

Mit 34 Prozent besteht aus Sicht von etwa einem Drittel der befragten EU-Bürger die Gefahr, dass ein Grundeinkommen Ausländer in ihr Land locken könnte, die es nur auf diese Absicherung abgesehen hätten.

Etwas weniger (32 Prozent) halten ein Grundeinkommen für nicht finanzierbar. Nur rund ein Fünftel stört sich an der vermeintlichen Aufhebung des Leistungsprinzips - also an der Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens.

Dalia Research befragte zehntausend EU-Bürger im April 2016 im Zuge der regelmäßigen, repräsentativen e28-Umfrage, die unter anderem auch von der Bertelsmann-Stiftung verwendet wird.

Das Marktforschungsinstitut lässt die Befragten online per Desktop-PCs, Tablets und Smartphone abstimmen - hierin liegt auch die einzige Einschränkung der Teilnehmerauswahl.

Den Teilnehmern wird aber das Thema der Befragung nicht vorab mitgeteilt.

Ziele eines bedingungslosen Grundeinkommens:

Für den Einzelnen und seine Familie:

- Mehr Freiheit für den Einzelnen durch existenzielle Sicherheit,
- Beseitigung der Lohnabhängigkeit, mehr Autonomie der Arbeitnehmer,
- Größere Unabhängigkeit bei der Suche nach einem Erwerbseinkommen,
- Humanere Arbeit durch bessere Arbeitsbedingungen,
- Bisher schlecht bezahlte, aber notwendige Arbeit wird besser bezahlt, attraktiver gestaltet oder automatisiert (unnötige Arbeit muss nicht mehr geleistet werden)
- Chancen für Existenzgründer und Selbständige (mehr Durchhaltevermögen),
- Geringerer Versicherungsaufwand: keine Lebens-, Berufsunfähigkeit- und Unfall-Versicherung mehr nötig (oder mit geringerem Beitrag), keine Riester-Rente,
- Förderung von Familien, Kindern, Allein-Erziehenden und nicht erwerbstätigen Partnern,
- Mehr Autonomie von Studierenden und Auszubildenden, bei der Wahl von Studium und Beruf,
- Familiengründung jederzeit möglich, auch in Studium und Ausbildung, dadurch Umkehr der demographischen Entwicklung,
- Gerechte und ausreichende Alterssicherung und Gesundheitsversorgung für jeden,
- Verbesserung der Kreditfähigkeit (für Darlehen, Mieten, u.v.m.)

Ziele eines bedingungslosen Grundeinkommens:

Für die Gesellschaft:

- Wahrung der Würde aller Menschen, ohne Stigmatisierung von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern, Umsetzung des Artikel 1 unserer Verfassung
- Vollständige und dauerhafte Beseitigung von Armut,
- Beseitigung der "Arbeitslosigkeit" (eigentlich der Erwerbslosigkeit),
- Einfacheres und gerechteres Steuersystem,
- Mehr Verteilungsgerechtigkeit, Stopp der Umverteilung von unten nach oben verhindert, dass die Einkommensschere immer weiter auseinander geht,
- Beseitigung des festen Renteneintritt-Alters möglich (BGE = Mindestrente),
- Abbau von unproduktiver Sozialbürokratie, effizienterer Sozialstaat,
- Beseitigung von Subventionen, z.B. in der Landwirtschaft, Kurzarbeitergeld, u.v.m.,
- Das BGE als Konjunkturprogramm, das eine Vielzahl zusätzlicher Arbeitsplätze schaffen würde,
- Entfaltung von Kreativitätspotenzialen mit dem Ergebnis steigender Wertschöpfung,
- Dämpfung von Konjunkturschwankungen und Wirtschaftskrisen